

# Tunesiens Islamisten nach dem Sturz Ben Alis: Zwischen moderater Rhetorik und radikalen Positionen

*Dirk Axtmann*

## *Zusammenfassung*

*Entsprechend dem autoritären und modernistischen Regimecharakter waren religiöse Institutionen und islamistische Gruppen seit der Unabhängigkeit Tunesiens bis zum politischen Umbruch 2011 stets einer engen Kontrolle unterworfen. Nach dem Ende des Ben-Ali-Regimes am 14. Januar 2011 konnten sich islamistische Akteure wieder bzw. neu formieren. Der Ennahda-Wahlsieg bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 23. Oktober 2011 belegte das Mobilisierungspotential einer islamistischen Partei, deren Repräsentanten öffentlich für Demokratie, Pluralismus sowie Frauen- und Menschenrechte eintreten und die Partei als bürgerlichen Stabilitätsfaktor in der kritischen Transformationsphase präsentierten. Indessen bleibt das genuin „islamische Projekt“ der Partei vage, und es stellt sich die Frage nach der Verbindlichkeit des moderaten Diskurses für die Parteiführung und die teilweise salafistisch geprägte Parteibasis. Zugleich bestehen personelle und ideologische Überschneidungen zwischen Ennahda und radikal-islamistischen, teils gewaltbereiten salafistischen Gruppen. Letztere beeinträchtigen seit 2011 mit gezielten Provokationen das öffentliche Leben und konnten ihre Einfluss-sphären vor allem in Moscheen und Universitäten ausweiten. Die stärkere, wenngleich zögerliche und wenig konsequente Abgrenzung von diesen Gruppen seit Frühjahr 2012 führte zu Spannungen innerhalb von Ennahda. Andere islamistische Parteien und Gruppierungen verfügen nur über geringen lokalen Rückhalt oder weisen Züge einer regional verankerten Protestbewegung auf. Durch ihren organisatorischen Vorteil dürfte Ennahda bis auf weiteres die dominierende Kraft unter den verschiedenen islamistischen Akteuren in Tunesien bleiben. Mit Blick auf die nächsten Parlamentswahlen stellt sich indessen die Frage nach dem Aufkommen einer oder mehrerer legaler salafistischer Parteien neben Ennahda, sowie nach dem Vermögen der säkular, liberal und modernistisch republikanisch orientierten Parteien, ein effektives Gegengewicht zu den Islamisten zu bilden.*

## **1. Die Situation islamischer Akteure vor 2011**

Islamistische Parteien und Vereinigungen sowie islamische Institutionen unterlagen in Tunesien sowohl unter der Staatsführung von Habib Bourguiba (Präsident 1957–1987) als auch unter Ben Ali (1987–2011) einer strengen Kontrolle. Der Kontrollanspruch des Staates hing eng mit dem Modernisierungsanspruch der Staatsführung und, im Fall von Habib Bourguiba, mit dessen distanziertem Verhältnis zur Religion zusammen. Diese Situation entsprach zugleich dem autoritären Charakter des politischen Systems und, damit einhergehend, dem geringen gestatteten politischen und zivilgesellschaftlichen Pluralismus.

Ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verschärfte sich das Verhältnis zwischen der Staatsführung und den Islamisten, insbesondere der Bewegung der islamischen Tendenz, die sich nach der erfolgreichen Islamischen Revolution in Iran 1979 öffentlich manifestierte. Im Zuge der kontrollierten Liberalisierung nach der Machtübernahme durch Präsident Zine Abidine Ben Ali am 7. November 1987 konnte die Bewegung der islamischen Tendenz, die sich 1989 in Ennahda-Bewegung<sup>1</sup> (Erneuerungsbewegung) umbenannte, ohne legalisiert zu sein, in verschiedenen Schichten der Gesellschaft Strukturen aufbauen. Mit der Radikalisierung von Ennahda ab 1990 nahm die staatliche Repression gegen islamistische Gruppen massiv zu. Ennahda-Anhänger und andere Islamisten wurden zu Tausenden inhaftiert oder ins Exil gedrängt. Der religiöse Bereich blieb staatlich kontrolliert und verwaltet. Die Aufsicht über die Moscheen und das Moscheepersonal wurde 1994 dem neu gegründeten Religionsministerium übertragen. Die Prediger (Imame), wie der Mufti der Republik, der vom Staatspräsidenten ernannt wird, sind Staatsangestellte.<sup>2</sup>

## **2. Alte und neue islamistische Akteure nach dem 14. Januar 2011**

Mit dem 14. Januar 2011 änderten sich radikal die Rahmenbedingungen für das politische Handeln islamischer Akteure. Einige islamistische Gruppierungen, darunter Ennahda, knüpften an alte Organisationsstrukturen an, die teilweise im Untergrund aktiv geblieben waren. Die Legalisierung der islamistischen Akteure vollzog sich im Kontext einer rapiden, allgemeinen Pluralisierung des politischen Lebens. Zwischen dem 14. Januar 2011 und den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 wurden mehr als 110 Parteien legalisiert. Neben Ennahda befanden sich unter den neu legalisierten

Parteien etwa zehn weitere Parteien, die in ihren Programmen, Traktaten und Äußerungen ein islamistisches Weltbild erkennen lassen.<sup>3</sup> Weitere islamistische Akteure, darunter einige des salafistischen Spektrums, strebten vor den Wahlen 2011 vergeblich eine Legalisierung als politische Parteien an.

### *2.1. Die Ennahda-Partei*

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung (im Folgenden: Verfassunggebende Versammlung) vom 23. Oktober 2011 bescherten Ennahda einen deutlichen Wahlerfolg. Mit gut 1,5 Millionen Stimmen (36 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen) wurde Ennahda mit Abstand zur größten einzelnen politischen Kraft in Tunesien und vereinte 89 von 217 (43 Prozent) der Mandate in der Verfassunggebenden Versammlung auf sich. In der Folge bildete Ennahda eine Koalitionsregierung mit der Partei Congrès pour la République/Kongress für die Republik (CPR), präsiert von Moncef Marzouki, sowie Ettakatol (Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheiten; kurz: Forum) von Mustapha Ben Jaafar. Dies öffnete den Weg zur Wahl von Mustapha Ben Jaafar zum Präsidenten der Verfassunggebenden Versammlung am 22. November 2011 sowie von Moncef Marzouki zum Übergangspräsidenten Tunesiens am 12. Dezember 2011. Hamadi Jebali, Generalsekretär von Ennahda, wurde am 24. Dezember 2011 zum Premierminister ernannt. Wenn Ennahda auch auf den Posten des Staatspräsidenten verzichtete, so besetzte die Partei alle wichtigen Ministerien mit Ennahda-Kadern.

Im Rahmen einer noch unüberschaubaren, im Entstehen begriffenen Parteienlandschaft trugen mehrere Faktoren zum Ennahda-Wahlsieg bei: Das waren neben ihrem bereits hohen Bekanntheitsgrad zweifellos der Wille der Wähler zu einem deutlichen Bruch mit der Ben-Ali-Herrschaft, aber auch das gut vermarktete Image der Partei als „saubere Kraft“, die in ganz besonderem Maße unter dem alten Regime gelitten hatte. Der Wahlsieg war zugleich untrennbar verbunden mit der effektiven Verankerung von Ennahda in allen Regionen des Landes und ihren logistischen und materiellen Vorteilen gegenüber ihren Konkurrenten. Diese Vorteile beruhten auf der Mobilisierung einer ungezählten Schar von Helfern und Aktivisten und auf den Überweisungen und Spenden der Mitglieder, jedoch vermutlich ebenso auf auswärtiger Unterstützung aus den Golfstaaten, namentlich aus dem Emirat Katar. Diese Art der Fremdfinanzierung wird von Ennahda be-

stritten und ist im Einzelnen schwer nachweisbar.<sup>4</sup> Hinzu kamen strategische Fehler der säkularen Parteien, die im Wahlkampf einseitig Ennahda bekämpften, ohne ihrerseits ein überzeugendes eigenes Profil zu haben.

#### Die Entwicklung von Ennahda 1981–2011

Ideell und soziologisch nahm die Ennahda-Bewegung ihren Anfang in den späten 1960er Jahren. Die Bewegung politisierte sich unter dem Eindruck der iranischen Islamischen Revolution von 1979 und der starken Präsenz linker Kräfte an den Universitäten und in der Gewerkschaftsbewegung des Landes. Als politische Organisation bildete sich die Vorläuferorganisation von Ennahda im Jahr 1981 durch den Zusammenschluss von mehreren islamistischen Gruppen unter dem Namen Bewegung der islamischen Tendenz.

Auf ihrem Kongress von 1984 lehnte die Bewegung der islamischen Tendenz Gewalt offiziell ab und sprach sich für die Teilnahme der Bewegung am politischen Leben des Landes innerhalb eines demokratischen, pluralistischen politischen Systems aus. Zu den formulierten politischen Zielen der Bewegung der islamischen Tendenz zählten die Regelung der Wirtschaft nach islamischen Grundsätzen, sowie die Islamisierung des öffentlichen Lebens. In diesem Zusammenhang wurde die Einführung einer „modernisierten“ Variante der Scharia gefordert, sowie eine Reform des Personalstatuts vom 13. August 1956, das als nicht konform mit den Bestimmungen der Scharia gewertet wurde. Die Trennung von Religion und Politik wurde explizit abgelehnt.

Ennahda-Vertreter betonen heute einseitig dieses moderate, legalistische Auftreten der Partei in den 1980er Jahren.<sup>5</sup> Unterschlagen wird oft, dass damals, parallel zu dieser „strategischen“ moderaten und legalistischen Positionierung,<sup>6</sup> ein versteckt operierender Flügel der Partei die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung in Frage stellte und auch nicht vor der Anwendung von Gewalt zurückschreckte. Angesichts dieser Radikalisierung eines Teils der Bewegung der islamischen Tendenz und des wachsenden Einflusses, den die Bewegung seit den 1980er Jahren an Schulen und Universitäten verzeichnen konnte, verschlechterten sich die Beziehungen mit der Staatsführung. Diese stand zu jener Zeit zunehmend hilflos vor der kombinierten Herausforderung aus Wirtschaftskrise und ungelöster Nachfolgefrage für den alterskranken Präsidenten Habib Bourguiba. Sprengstoffanschläge auf

vier Touristenhotels in der Region Sousse-Monastir am 2. August 1987 führten ab dem 1. September 1987 zu Schauprozessen, in deren Verlauf mehrere Todesurteile verhängt und Ennahda-Generalsekretär Rachid Ghannouchi zu lebenslanger Haft verurteilt wurde (begnadigt im Mai 1988).

Im Zuge der kontrollierten Liberalisierung nach der Machtübernahme durch Präsident Ben Ali am 7. November 1987 tilgte die Organisation durch ihre Umbenennung in Ennahda-Bewegung am 29. Januar 1989 einen eindeutigen Bezug zum Islam aus dem Parteinamen und folgte damit einer Bestimmung des neuen Parteiengesetzes von 1988. Im Vorjahr hatte die Partei zusammen mit anderen legalisierten Oppositionsparteien an den Verhandlungen zum „Nationalpakt“ teilgenommen, der eine verbindliche Grundlage für parteiliche Aktivitäten in Tunesien bilden sollte. Die Teilnahme an der Unterzeichnung des Nationalpakts und schließlich auch die Legalisierung von Ennahda scheiterten indessen an der Ablehnung des Pakts durch die Partei wegen der darin enthaltenen Festschreibung des liberalen Personenstandsrechts vom 13. August 1956.

Das gute Abschneiden von Ennahda-Vertretern bei den Parlamentswahlen vom 2. April 1989 führte der Staatsführung eindrücklich das Mobilisierungspotential der Bewegung vor Augen. Ennahda-Vertreter errangen auf unabhängigen Listen nach offiziellen Angaben 13,7 Prozent, in einigen Wahlkreisen bis zu 30 Prozent der Stimmen. Aufgrund der angewandten Mehrheitswahl nach Liste in Verbindung mit Wahlmanipulationen errangen Ennahda-Vertreter jedoch keine Mandate. Das tunesische Innenministerium lehnte in der Folge den Legalisierungsantrag der Islamisten am 7. Juni 1989 endgültig ab.

Ab 1989 gewann innerhalb von Ennahda der antisystemische Flügel in dem Maße die Oberhand, wie die Unterdrückung staatlicherseits zunahm. Die Wochenzeitung von Ennahda, Al-Fajr, veröffentlichte Aufrufe zur Rebellion der Bevölkerung gegen die Staatsführung, und Generalsekretär Rachid Ghannouchi forderte aus Algerien dazu auf, in Tunesien eine islamische Herrschaft zu errichten. Unter dem Eindruck eines von der Regierung am 18. Mai 1991 aufgedeckten „islamistischen Komplotts“ und des sich ab 1992 zuspitzenden Konflikts der Staats- und Militärführung mit Islamisten in Algerien, wurden in den folgenden Jahren hunderte von Islamisten, darunter einige Ennahda-Führer, die heute in politischer Verantwortung stehen, zu

langjährigen Haftstrafen verurteilt. Sofern sie nicht ins Ausland geflohen waren wie Ennahda-Führer Rachid Ghannouchi, verbüßten sie die Strafe in tunesischen Gefängnissen wie u.a. der seit Dezember 2011 amtierende Ennahda-Premierminister Hamadi Jebali und der derzeitige Ennahda-Innenminister Ali Laarayedh.

Die exilierte Ennahda-Führung um Rachid Ghannouchi befand sich ab 1991 zum größten Teil im Londoner Exil und pflegte ab 1993/1994 einen moderateren Diskurs, der vor allem die Forderung nach Achtung der Menschenrechte und einer Pluralisierung des politischen Lebens in Tunesien umfasste. Dieser Diskurswechsel erfolgte nach Einschätzung einiger Analysten vor allem aus „taktischen“ Erwägungen angesichts der sich verschlechternden Lage in Algerien und der damit schwindenden Akzeptanz eines islamistischen politischen Projekts. Ennahda-Gesprächspartner verwiesen hingegen im Gespräch mit dem Autor auf den parteiinternen Lernprozess angesichts der Erfahrung mit den Vorzügen der westlichen Demokratien während des Exils.

Am 30. Januar 2011, kaum zwei Wochen nach der Flucht des tunesischen Präsidenten Ben Ali außer Landes am 14. Januar 2011, kehrte Rachid Ghannouchi aus dem Londoner Exil zurück und wurde auf dem Flughafen Tunis-Carthage von rund 1.000 Anhängern begeistert empfangen. Die Legalisierung der Partei erfolgte am 1. März 2011.

#### Die Ennahda-Partei seit 2011

In ihrer Programmatik wie in persönlichen Gesprächen mit ihren Repräsentanten präsentiert sich Ennahda seit 2011 als bürgerlich-konservative Partei mit islamischer Referenz und bekennt sich zu einer sozial flankierten Marktwirtschaft. Internationale Referenzen für die Partei bilden die türkische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) sowie die marokkanische Partei Gerechtigkeit und Entwicklung, (PJD); sie werden von der Ennahda-Führung als Beispiele für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie zitiert. Ennahda will sich dadurch ein moderates Image geben und international Akzeptanz sichern. Wie die marokkanische PJD bemühen Repräsentanten der Ennahda hierzu gegenüber europäischen Gesprächspartnern den Vergleich mit europäischen christdemokratischen Parteien, die als gelungene Beispiele für eine Verbindung von religiöser Ausrichtung mit den Erfordernissen der Moderne interpretiert werden. Diese Hinweise

auf Ähnlichkeiten zwischen europäischen christdemokratischen Parteien und Parteien auf der Basis islamischer Werte klammern jedoch wesentliche Unterschiede, wie u.a. die für islamistische Parteien grundlegende Einheit von Religion und Staat/Politik und die Frage des Schutzes individueller Rechte, gezielt aus. So wie der generell mit modernen Begriffen angefüllte politische Diskurs islamistischer Parteien soll diese Verortung weniger angreifbar machen.

In unzähligen Interviews und Stellungnahmen seit dem politischen Umbruch vom 14. Januar 2011 und nicht zuletzt im Programm für die Wahlen vom 23. Oktober 2011, bekannten sich Repräsentanten von Ennahda, darunter insbesondere Parteipräsident Rachid Ghannouchi, Regierungssprecher Samir Dilou und Premierminister Hamadi Jebali, zur Vereinbarkeit des Islam mit Demokratie und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, sowie Frauen- und Minderheitenschutz. Mit Blick auf die Frage der Verschleierung von Frauen im öffentlichen Leben etwa verweist Ghannouchi auf die Freiheit des Einzelnen; er schließt staatlichen Druck zur Verschleierung ebenso aus wie ein Verschleierungsverbot, das faktisch unter dem alten Regime praktiziert wurde. Generell lehnt die Ennahda-Führung Zwang und Gewalt als Mittel der Politik in ihren offiziellen Verlautbarungen ab; Christen und Juden wird die freie Religionsausübung in Tunesien zugestanden.<sup>7</sup>

Wenn man nach dem spezifisch „islamischen“ Charakter des Gesellschaftsprojekts der Partei fragt, fällt auf, dass das Parteiprogramm von Ennahda sowohl in der Präambel als auch in verschiedenen Politikbereichen kontinuierlich Bezug auf den Islam nimmt; dies gilt besonders für die Bereiche Familien-, Wirtschafts und Außenpolitik. Der Islam erscheint in diesem Zusammenhang zunächst in erster Linie als moralischer Referenzrahmen, der die „neue“ Politik gegenüber dem alten Regime abgrenzen soll. Laut Parteipräsident Rachid Ghannouchi gibt „der gemäßigte politische Islam dem Menschen seinen Wert wieder. [...] Politik und Wirtschaft ohne Religion öffnen Tür und Tor für mafiöse Verhaltensweisen. So war die Situation unter Ben Ali: der Staat war mafiös geworden.“ Befragt nach dem Verhältnis von Religion und Politik lehnt Ghannouchi indessen eine strikte Trennung der beiden Bereiche ab, da dies einen „Kampf gegen die Religion“ darstelle.<sup>8</sup>

Unklar bleibt indessen, welche Folgen sich aus dem Ineinandergreifen von Religion und Politik konkret für die Ausgestaltung des politi-

schen Gemeinwesens und für die Achtung der bürgerlichen Freiheiten bis hin zum Umgang des Staates mit einer Reihe von aktuellen Herausforderungen (wie u.a. der zunehmenden Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens durch Aktivitäten islamistischer Gruppen) ergeben. Es bleibt der Eindruck eines Diskurses, der in erster Linie darauf abzielt, Gesprächspartner mit Blick auf die Orientierungen der Partei zu beruhigen und das Bild einer gemäßigten, konservativ-bürgerlichen Partei islamischer Ausrichtung zu vermitteln. Eine zu starke inhaltliche Festlegung des „islamischen Projekts“ der Partei wird vermieden. Konflikte, die sich aus der Überlappung von Politik und Religion ergeben können, werden ausgeblendet. Dabei beeinflusst der konstitutive Widerspruch zwischen dem formalen Bekenntnis Ennahdas zu Demokratie, Pluralismus und Grundrechten auf der einen und der angestrebten stärkeren Rolle der Religion in Politik und Gesellschaft auf der anderen Seite, ganz offenkundig den laufenden Verfassungsgebungsprozess. Anfang des Jahres 2012 zirkulierte ein offiziöser, von der Ennahda-Führung nie offiziell vorgestellter Verfassungsentwurf in den sozialen Netzwerken, in dem der Scharia eine zentrale Rolle bei der Gesetzgebung zugewiesen wurde. Ennahda-Präsident Ghannouchi entschied jedoch im März 2012, es sei nicht notwendig, dass in der Verfassung die Scharia als Quelle der Gesetzgebung genannt werde, solange Artikel 1 der bisherigen Verfassung weiterhin zur Anwendung komme. Danach sei Tunesien ein islamischer Staat und der Islam sei Staatsreligion. Das sei, so Ghannouchi, ausreichend.<sup>9</sup>

Mit dieser Position befindet sich Ghannouchi im Widerspruch zu Teilen der Ennahda-Basis und einigen führenden Kadern. Sein Einlenken schien kurzfristig ein Zugeständnis an die anderen Parteien in der Verfassungsgebenden Versammlung zu sein, ohne die eine Verabschiedung der Verfassung nicht möglich ist. Der Verzicht der Ennahda-Führung auf die Erwähnung der Scharia im symbolträchtigen Artikel 1 der Verfassung kann jedoch auch den Verhandlungsspielraum der Partei gegenüber den Koalitionspartnern vergrößern, um die Aufnahme „islamischer“ Komponenten in anderen Teilen der Verfassung durchzusetzen. Dies wäre beispielsweise in Form einer stärkeren Verpflichtung des Gesetzgebers auf den islamischen Charakter der Gesetzgebung denkbar, wie ihn der genannte offiziöse Verfassungsentwurf durch die Einrichtung eines islamischen Konsultativgremiums mit weitreichenden Interventionsmöglichkeiten in den Gesetzgebungsprozess vorsah.<sup>10</sup> Die Einrichtung eines entsprechenden Gremiums steht im Sommer 2012 zwar nicht zur Diskussion an, die

Gefahr einer Aushöhlung von bestehenden Grundrechten im Verlauf des Verfassungsgebungsprozesses besteht allerdings fort. Dies belegt der Entwurf für Verfassungsartikel 28, den die Ennahda-Fraktion am 1. August 2012 in der zuständigen Kommission der Verfassungsgebenden Versammlung einbrachte. Der Entwurf postuliert anstelle der Gleichberechtigung der Frau deren „Komplementarität“ zum Mann.<sup>11</sup> Es ist bezeichnend für den verharmlosenden Diskurs Ennahdas, dass Parteipräsident Ghannouchi im Interview anmerkt, die Komplementarität der Frau zum Manne – ebenso wie die des Mannes zur Frau – könne nicht negiert werden; dies stelle die prinzipielle Gleichberechtigung der Geschlechter nicht in Frage.<sup>12</sup>

Ein anderes Einfallstor für die mögliche Unterminierung der Grundrechte besteht darin, dass Ennahda aktuell die gesetzliche Fixierung von weit interpretierbaren Straftatbeständen betreibt. Am 1. August 2012 brachte die Ennahda-Fraktion einen Gesetzentwurf in die Verfassungsgebende Versammlung ein, wonach Verstöße gegen „das Heilige“ bzw. die „heiligen Werte“ der Religion und die Verletzung religiöser Gefühle in jeglicher Form – ob in Schrift, Ton oder Bild – mit zwei Jahren Haft, im Wiederholungsfall mit bis zu vier Jahren Haft bestraft werden können. Die öffentliche Kritik von Ennahda-Kulturminister Mehdi Mabrouk an einer Kunstaussstellung im Juni 2012, wonach diese wegen Verstoßes gegen religiöse Gefühle eigentlich verboten gehört habe, lassen für die Zukunft die Auswirkungen eines entsprechenden Gesetzes im Kulturbereich erkennen. Die Ausstellung, bei der u.a. Werke gezeigt wurden, die Gott und den Propheten Mohammed darstellten, hatte am 11./12. Juni 2012 gewaltsame Übergriffe von salafistischen Gruppen provoziert, die sich sowohl gegen Ausstellungsbesucher, die anwesenden Künstler als auch gegen die ausgestellten Werke richteten. Bereits ohne das neue Gesetz belegt die Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils gegen zwei Blogger durch das Berufungsgericht Monastir den Trend zu einer stärkeren Islamisierung der Rechtsprechung. Beide Blogger waren im März 2012 für die Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed zu sieben Jahren Haft wegen „Angriffs auf die Moral, Difamierung und Störung der öffentlichen Ordnung“ verurteilt worden.

Es stellt sich deshalb die Frage nach der Verbindlichkeit des von der Ennahda-Führung immer wieder beschworenen moderaten Kurses für die Partei als Ganzes. Das Handeln (teilweise auch: Nicht-Handeln) von Ennahda-Vertretern in der Regierung gab in den letzten Monaten

ebenso Anlass zum Zweifel wie auftauchende inhaltliche Differenzen zwischen Führung und Parteibasis und zwischen Führungskadern. Auf zentralen Posten sind sowohl innerhalb der Parteiführung als auch in der Regierung gemäßigte Ennahda-Mitglieder vertreten. Dies gilt insbesondere für Nouredine Bhiri (Justizminister und Ennahda-Sprecher) und Samir Dilou (Minister für Menschenrechte und Übergangsjustiz, zugleich Regierungssprecher). Ferner wird Innenminister Ali Laarayedh zu den gemäßigten Kräften gezählt, der heute – im Unterschied zu früheren Äußerungen – öffentlich für den Erhalt des Personalstatuts von 1956 eintritt. Bildungsminister Moncef Ben Salem sowie Religionsminister Nouredine Khademi gelten hingegen als Vertreter eines dem salafistischen Gedankengut näher stehenden Flügels der Partei.<sup>13</sup>

Schließlich stehen im Gegensatz zu Parteiführer Ghannouchi, der einen moderaten Diskurs pflegt, nach Einschätzung von Beobachtern etwa 50 Prozent der Basis von Ennahda den Ideen der Salafisten nahe. Diese Parteibasis lehnt zwar im Unterschied zu jihadistischen Salafisten in ihrer Mehrheit politische Gewalt und die Errichtung eines Kalifat-Staates ab. Sie tritt jedoch, stärker als es der aktuelle Diskurs der Parteiführung reflektiert, für eine aktive Rolle des Staates bei der Islamisierung des öffentlichen Lebens und letztlich für die Scharia als zentrale Quelle des tunesischen Rechts ein.<sup>14</sup>

Diese interne Fraktionsbildung und das Gewicht der teilweise radikalen Parteibasis spiegelte sich auch auf dem 9. Ennahda-Parteikongress (12.–16. Juli 2012) und den sich daraus ergebenden Personalentscheidungen wider. Auf dem Kongress wurde Rachid Ghannouchi als vermittelnde Instanz der verschiedenen Strömungen im Amt des Parteipräsidenten mit 73 Prozent der Wählerstimmen bestätigt. An zweiter Stelle kam Sadok Chourou, Ennahda-Abgeordneter in der Verfassungsgebenden Versammlung und den Salafisten nahestehend, der sich am 20. Februar 2012, im Gegensatz zu Rachid Ghannouchi, öffentlich für die Aufnahme der Scharia als zentrale Referenz der Gesetzgebung in die neue tunesische Verfassung ausgesprochen hatte. Chourou unterlag zwar Ghannouchi bei der Wahl zum Parteipräsidenten, er wurde jedoch von den Kongressteilnehmern mit den meisten Stimmen in den 150 Personen umfassenden Schura-Rat der Partei gewählt. Dieses zu zwei Drittel gewählte, zu einem Drittel berufene „Ennahda-Parlament“ repräsentiert das ganze Spektrum von der gemäßigten Strömung (Ali Laarayedh, Hamadi Jebali, Nouredine Bhiri)

bis hin zur radikalen, den Salafisten nahestehenden Strömung (Sadok Chourou, Moncef Ben Salem und dessen Sohn, Oussama Ben Salem, Gründer des Fernsehsenders Zitouna TV).

Am 12. August 2012 wurde Fathi Ayadi Präsident des Schura-Rats; der Schura-Rat wählte Hamadi Jebali erneut zum Generalsekretär Ennahdas und Mitglied des Exekutivbüros der Partei. Als Vizepräsidenten und Mitglieder des Exekutivbüros wählte der Schura-Rat schließlich am 12. August Abdelhamid Jelassi und Abdelfattah Mourou. Jelassi vertritt die jüngere Generation und ist zuständig für die Koordination und Organisation; Abdelfattah Mourou, historisches Gründungsmitglied der Partei, ist persönlicher Repräsentant des Parteipräsidenten für Fragen von allgemeinem Interesse bzw. öffentliche Angelegenheiten. Mourou, ehemaliger Parteidissident, der sich 1991 gegen die Anwendung von Gewalt gegen das Ben-Ali-Regime ausgesprochen hatte und bei den Wahlen 2011 mit eigenen Listen angetreten war, schloss sich damit offiziell wieder der Partei an, die in ihrer Selbstdarstellung und dem Verhalten ihrer Führungskader große Ähnlichkeiten mit der ehemaligen staatstragenden Partei RCD aufweist.

#### Die Abgrenzung von den Salafisten

Aus dem Widerspruch zwischen der offiziellen moderaten Position der Ennahda-Führung und den salafistischen Tendenzen in der Partei resultiert zugleich die nur zögerlich vorgenommene Abgrenzung der Ennahda-Führung von den radikal-islamistischen salafistischen Gruppen. Diese traten vor allem seit Jahresbeginn 2012 durch eine Reihe von provokanten, gewalttätigen Aktionen in Erscheinung (s.u. Abschnitt 2.4.); die Reaktionen der Ennahda-Führung waren auffallend vage oder kamen verspätet, erst nach massiver Kritik in der tunesischen Öffentlichkeit an dem Schweigen der Regierung.

Kritische Medien, Oppositionsparteien und politische Beobachter stuften die Haltung der Ennahda-Führung gegenüber den Salafisten als Opportunismus ein, einige deuten die Duldung salafistischer Gewalt und Provokationen als Komplizität oder sprechen sogar von aktiver Unterstützung. Befragt über ihre Haltung zu den radikal-islamistischen Konzepten der Salafisten oder den Gesetzesübertretungen einiger salafistischer Gruppen, führen Vertreter von Ennahda<sup>15</sup> diese Übertritte meist auf die fehlende religiöse Freiheit unter dem alten

Regime zurück. Zugleich verweisen sie auf das junge Alter der Salafisten und ihre daher rührende Manipulierbarkeit. Sie betonten zudem die Notwendigkeit, die Salafisten einzubeziehen und im Gespräch mäßigend auf sie einzuwirken und nicht – wie das alte Regime – mit staatlicher Gewalt zu reagieren. Im Gegensatz zur Duldsamkeit der Ennahda dominierten Regierung bei Gesetzesübertretungen von Salafisten, ordnete der Ennahda-Innenminister Laarayedh die Sicherheitskräfte an, hart gegenüber Protestierenden aus dem nichtislamistischen Spektrum (wie Gewerkschaftsvertreter, Linke) vorzugehen.<sup>16</sup> Anlässlich der Demonstrationen von arbeitslosen Akademikern und Vertretern der nichtislamistischen Opposition am 7. und am 9. April 2012 erhoben Journalisten und Oppositionsgruppen den Vorwurf, die Sicherheitskräfte des Innenministeriums wären in ihrem Einsatz gegen die Demonstranten durch von Ennahda gesteuerte Milizen in Zivil unterstützt worden.<sup>17</sup> Parteipräsident Ghannouchi und Innenminister Ali Laarayedh dementierten erwartungsgemäß den Vorwurf.

Es ist schwierig nachzuweisen, dass die Ennahda-Führung aus Kalkül oder ideologischer Überstimmung die Augen vor den Aktionen von salafistischen Gruppen verschließt. Hingegen ist es naheliegend anzunehmen, dass die Partei bislang davor zurückschreckte, durch hartes Durchgreifen gegenüber den Salafisten die eigene Parteibasis vor den Kopf zu stoßen bzw. mit Blick auf die nächsten Wahlen, Teile der salafistischen Wählerklientel zu verprellen.<sup>18</sup> Teilweise setzte sich die Ennahda-Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung von den gewaltbereiten salafistischen Gruppen ab. Angesichts der Spannungen an der Universität Manouba wandte sich Innenminister Ali Laarayedh am 30. Januar 2012 gegen das Tragen des Niqab, des aus den Golfstaaten stammenden Vollschleiers, durch Studentinnen an Universitäten und forderte die Salafisten auf, die Hausordnung der Universitäten zu achten. Zugleich betonte Ali Laarayedh in einem Interview mit der französischen Zeitung *Le Monde* am 17. März 2012, dass das Gesellschaftsmodell der Salafisten eine Gefahr für die tunesische Gesellschaft darstelle. Insbesondere die gewaltbereiten jihadistischen Salafisten seien heute die größte Gefahr für Tunesien. Im April 2012 erklärte der Ennahda zugehörige Religionsminister Khademi angesichts der „wilden“ Einsetzung von salafistischen Imamen in Moscheen, die Ernennung von Imamen sei an theologische Qualifikationen gebunden und falle in die alleinige Kompetenz des Religionsministeriums.<sup>19</sup>

Es ist voraussehbar, dass diese Abgrenzung von den gewaltbereiten Salafisten in Zukunft, wegen der prosalafistischen Fraktion innerhalb Ennahdas, zu einer internen Zerreißprobe führen kann. Vor diesem Hintergrund, und auch, um den Kontakt zur salafistischen Strömung nicht zu verlieren, pflegt Ennahda nach jüngsten Einschätzungen den Kontakt zu den sogenannten quietistischen, Gewalt ablehnenden Salafisten. Rachid Ghannouchi betonte im April/Mai 2012, dass Ennahda in Kontakt mit den quietistischen Salafisten stehe, die zwar für die Einführung der Scharia seien, jedoch Gewalt als Mittel der Politik ablehnen. Diese Teile der Salafisten, so Ghannouchi, habe er ermutigt, sich in Form von Parteien oder Vereinigungen zu organisieren und innerhalb des politischen Systems zu agieren. Tatsächlich vermeldete das Innenministerium am 11. Mai 2012 die Legalisierung der salafistischen Reformfront (s.u.) und am 31. Juli 2012 die Legalisierung der salafistischen Partei Al-Rahma (Barmherzigkeit). Wenngleich diese Parteien bislang nur einen kleineren Teil der salafistischen Bewegung hinter sich haben, könnten sie dennoch das Potential besitzen, jene Salafisten zu binden, die sich für eine politische Betätigung aussprechen und Wahlen nicht ablehnen. Ennahda könnte in Zukunft von einer solchen Entwicklung bei der Regierungsbildung profitieren und unabhängiger von säkularen Koalitionspartnern werden.<sup>20</sup>

## *2.2. Die Volkspetition*

Das gute Abschneiden der Partei Volkspetition für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung (kurz: Volkspetition)<sup>21</sup> gehörte zu den großen Überraschungen der Wahlen vom 23. Oktober 2011. Gegründet am 3. März 2012, ohne eine nennenswerte Vorgeschichte bzw. ohne bekannte organisatorische Basis, wurden die unabhängigen Listen der Volkspetition mit 26 Mandaten drittstärkste Kraft in der Verfassunggebenden Nationalversammlung hinter Ennahda (89 Mandate) und dem CPR (29 Mandate).

Die Volkspetition kann eingeschränkt als islamistische Partei bezeichnet werden. Für diese Charakterisierung spricht, dass der Erfolg der Volkspetition bei den Wahlen vom 23. Oktober 2011 nicht vom massiven persönlichen und finanziellen Engagement sowie den publizistischen Möglichkeiten ihres Initiators, des Millionärs Mohamed Hachemi Hamdi, zu trennen ist, der seit 1989 im Londoner Exil lebt. Dieser war in den 1980er Jahren Mitglied der Bewegung der islamischen Tendenz, aus der Ennahda hervorging, bevor er sich später mit

der Exilführung Ennahdas überwarf. 1999 gründete Hamdi den Fernsehsender Al-Moustaqilla (Die Unabhängige). Entsprechend der Orientierung Hamdis, der sich selbst als „linken Islamisten“ bezeichnet, betont die Volkspetition in ihrem Programm die arabisch-islamische Identität des Landes. Deutlicher jedoch als Ennahda legt die Volkspetition Wert auf die soziale Komponente, indem die Partei etwa vor den Wahlen die Einführung eines kostenlosen Gesundheitssystems ankündigte, ferner eine Arbeitslosenunterstützung von 200 Dinar im Monat (rund 105 Euro) gegen zwei Tage gemeinnütziger Arbeit, schließlich kostenlose Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Rentner. Das Verhältnis der Partei zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewalt als Mittel der Politik findet im Programm der Volkspetition keine besondere Erwähnung; die Partei trat jedoch im Wahlkampf in dieser Hinsicht nicht negativ in Erscheinung.

Der Wahlkampfserfolg der Volkspetition ist nicht ohne dieses populistische Programm sowie dessen Vermarktung durch den Fernsehsender Al-Moustaqilla denkbar. Als einzige politische Kraft, auch im Unterschied zu Ennahda, stellte sich die Volkspetition als eher ländliche, in den strukturschwachen Regionen des Landesinneren verankerte Organisation dar und profitierte damit vom Gegensatz Stadt-Land als einem zentralen Movers der sozialen und politischen Proteste vom Januar 2011 in Tunesien.<sup>22</sup> Zugleich wurde der Volkspetition vorgeworfen, im Wahlkampf vor Ort massiv die Netzwerke der alten Staatspartei RCD für sich mobilisiert zu haben,<sup>23</sup> was verschiedene Beobachter im Wahlkampf zur abfälligen Einschätzung bewog, bei den Aktivisten der Volkspetition handele es sich weniger um Islamisten, sondern eher um „ehemalige RCD-Anhänger der unteren Kategorie“.<sup>24</sup> Abgesehen von Beobachtungen des Autors im Rahmen der Wahlen 2011 erhält diese Einschätzung eine gewisse Plausibilität dadurch, dass sich Hamdi seit etwa 2001 dem alten Regime angenähert und sich selbst vor den Präsidentschaftswahlen von 2004 für die neuerliche Kandidatur von Präsident Ben Ali engagiert hatte.

In der Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung gehen die Abgeordneten der Volkspetition auf Distanz gegenüber Ennahda. Diese, so der Volkspetition-Abgeordnete Aymen Zouaghi, könne nicht für sich in Anspruch nehmen, stärker als eine andere Partei die arabisch-islamische Identität des Landes zu verteidigen.<sup>25</sup> Am 26. März 2012 kritisierte Hachemi Hamdi die Ennahda-Führung scharf für ihren Verzicht auf die Integration der Scharia in die neue tunesische Verfassung und

bezeichnete diese Entscheidung als „Verrat von Ennahda an ihren Wählern und der islamistischen Bewegung im Land“. Im Februar 2012 hatte die Volkspetition einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt. In Erweiterung des bisherigen Artikels 1 der Verfassung von 1959 wäre Tunesien danach ein „freier, unabhängiger und souveräner Staat [...], dessen Religion, der Islam, zugleich die Hauptquelle der Gesetzgebung bildet“.

Seit den Wahlen vom Oktober 2011 wird die Volkspetition von inneren Spannungen erschüttert, die es fraglich erscheinen lassen, ob die Partei bei den kommenden Wahlen als geschlossene Kraft auftreten wird. Hachemi Hamdi, der weder vor noch nach den Wahlen persönlich einen Fuß nach Tunesien setzte, äußerte sich widersprüchlich mit Blick auf die politische Zukunft der Volkspetition. Parallel zum Aufbau der Volkspetition hatte Hachemi Hamdi bereits vor den Wahlen eine neue Partei gegründet, die Partei der progressiven Konservativen (Parti des Conservateurs Progressistes/PCP), die am 15. Juli 2011 legalisiert wurde.<sup>26</sup> Diese Partei, der Hamdi seit dem 5. Februar 2012 offiziell als Generalsekretär vorsteht, könnte bei künftigen Wahlen als neue Organisationsform der Volkspetitions-Abgeordneten dienen. Einer der auffälligsten Vertreter der Volkspetition in der Verfassunggebenden Versammlung, der Abgeordnete Brahim Gassas, kündigte am 8. August 2012 an, sich der neu gegründeten Partei Nida Tunis (Ruf Tunesiens) des ehemaligen Premierministers Béji Caïd Essebsi anzuschließen.

### *2.3. Kleinere islamistische Parteien*

In den ersten Monaten nach dem 14. Januar 2011 bildeten sich etwa zehn weitere Parteien, die in ihrer Programmatik die arabisch-islamische Identität des Landes betonten. Diese Parteien konnten bei den Wahlen am 23. Oktober 2011 etwa 76.000 Stimmen auf sich vereinen und bilden damit keinen relevanten Machtfaktor im islamistischen Lager.<sup>27</sup> Unter den bekannteren Gruppierungen erstaunte etwa das vergleichsweise schlechte Abschneiden der von Abdelfattah Mourou, einem ehemaligen Ennahda-Mitglied, initiierten Listen der Unabhängigen demokratischen Allianz „Weg des Heils“ (Alliance Démocratique Indépendante Tariq As-Salama). Diese Listen blieben nicht zuletzt aufgrund des mehrheitsbildenden Effekts der Proporzwahl in kleinen und mittleren Wahlkreisen mit landesweit 0,58 Prozent der Stimmen ohne Mandatsgewinne.

#### 2.4. Die salafistischen Organisationen

Seit dem 14. Januar 2011, und verstärkt nach den Wahlen vom 23. Oktober 2011, radikal-islamistische Salafisten lautstark Einfluss auf das öffentliche Leben Tunesiens. Abgesehen von den Beschimpfungen durch „Barträger“, die westlich, säkular geprägte Tunesierinnen in der Öffentlichkeit vermehrt erfahren, fanden seit Herbst 2011 eine Reihe von spektakulären Aktionen, Demonstrationen und Sit-ins von Salafisten in den tunesischen Medien<sup>28</sup> und der öffentlichen Debatte Widerhall. Hierzu zählen die Bedrohung von kulturellen Veranstaltungen, die Bedrohung von Journalisten, Kulturschaffenden und Intellektuellen, die Terrorisierung der Bewohner einzelner Städte und Stadtviertel, sowie eine Reihe von Großaufmärschen von Salafisten.<sup>29</sup> Weiterhin versuchten salafistische Gruppen in strategischen öffentlichen Bereichen eine optische Prädominanz zu bekommen und dort ihrem Weltbild entsprechende symbolische „Reformen“ durchzusetzen. So beispielsweise durch die „wilde“ Übernahme von rund 400 der etwa 5.000 Moscheen im Land (bis August 2012) und die Einsetzung von salafistischen Predigern;

- durch die zeitweise Besetzung der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Manouba im Februar 2012 aus Protest gegen die Ablehnung des Dekanats, eine vollverschleierte Studentin an den Prüfungen teilnehmen zu lassen, und um die Errichtung eines Gebetsraums durchzusetzen; oder
- durch eine Großveranstaltung der nicht legalisierten, aber geduldeten salafistischen Vereinigung Anhänger der Scharia im Mai 2012 in Kairouan,<sup>30</sup> der viertheiligsten Stadt des Islam nach Mekka, Medina und Jerusalem und ein historisches Zentrum der islamischen Gelehrsamkeit.

Nach Einschätzung einiger Experten umfassen die Salafisten „wenige Tausend“ Personen (es kursiert die Zahl 6.000 bis 12.000), von denen 1.800 in den Genuss der Generalamnestie vom 18. Februar 2011 gekommen waren.<sup>31</sup> Diese organisieren sich in einer Vielzahl von Gruppen, die sich im Hinblick auf ihre ideologische Geschlossenheit, ihre Ressourcen, ihre soziologische Verankerung und ihre Mitgliederzahl, ihren Aktionsradius und die gewählten Aktionsformen, ihre Bereitschaft, eine legale Identität anzustreben, sowie den Grad ihrer Gewaltbereitschaft erheblich unterscheiden. Wenngleich sich mittlerweile einige dominierende Führungspersönlichkeiten unter den Salafisten

abzeichnen, die bestimmte Aktionen für sich reklamieren,<sup>32</sup> ist eine zentralisierte, landesweite Organisation bislang nicht erkennbar.

Provokante, gewalttätige Aktionen von salafistischen Gruppen wirken sich belastend auf die tunesische Gesellschaft und Politik aus. Durch ihre Aktionen polarisieren sie die politischen Akteure und die Zivilgesellschaft, schüren Misstrauen und erschweren eine Konsensfindung in der kritischen Übergangsphase. Zugleich treffen die Aktionen auf eine insgesamt moderat geprägte Gesellschaft, die zudem keine ausgeprägte Tradition der Zivilcourage und des zivilen Widerstands hat. Auf aggressive Formen politischer Aktion reagiert die tunesische Mehrheitsgesellschaft daher teils apathisch, teils geschockt und mit Rückzug. Säkular orientierte Parteien und Menschenrechts- und Frauenorganisationen, sowie religiös-liberal orientierte Bürger werden durch die Ereignisse in ihrer Wahrnehmung bestärkt, dass sich Tunesien in einem Kulturkampf zwischen islamistischen und modernistischen Kräften befindet.

Soziologisch gesehen, rekrutieren sich salafistische Gruppen vor allem in den sozialen Problembezirken des Großraums Tunis (insbesondere den Stadtvierteln Sejouni, Hay Ettadhamen) unter jungen Männern im Alter zwischen siebzehn und dreißig Jahren, die sich oft in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen befinden, leicht manipulierbar sind und in ihren Gruppen vielfach einer „Gehirnwäsche“ mit Blick auf die Übernahme einfacher und schematischer Glaubenssätze unterliegen.<sup>33</sup> Darüber hinaus bestehen weitere lokale Zentren salafistischer Aktivität etwa in der Region Bizerte. Dabei dürfte das Entstehen dieser salafistischen Zentren nicht von der spezifischen regionalen oder lokalen sozialen Gemengelage zu trennen sein. Wahrscheinlich spielen persönliche Zufälle und familiäre oder klanistische Faktoren eine erhebliche Rolle.<sup>34</sup>

Insgesamt trifft die Ideologie salafistischer Gruppen in der tunesischen Mehrheitsgesellschaft bislang auf geringen Widerhall. Hier hat sowohl die tolerante Tradition des Landes, vermutlich auch die in den letzten Jahrzehnten durchgeführte Modernisierungspolitik zu einer gewissen Immunisierung der Bevölkerung gegenüber einem radikal-islamistischen Diskurs geführt. Gerade konservativ-bürgerliche, städtische Milieus scheinen relativ immun gegen salafistische Gruppen zu sein. Nach Beobachtungen des Verfassers vom April 2012 in Kairouan bleibt gerade in den – sozial prekären – Vierteln im Umfeld der Frei-

tagsmoscheen und religiösen Einrichtungen ein konservativer, bürgerlich verankerter Islam vorherrschend. Zugleich ist bedeutsam, dass das logistische Vermögen der Salafisten, etwa über soziales Engagement Einfluss auf die Gesellschaft auszuüben, limitiert geblieben ist. Hier erweist sich Ennahda bislang (mit Ausnahme der Regionen um Sidi Bouzid und Kasserine) als dominant unter den islamistischen Akteuren.

Auf die bestehenden personellen Berührungspunkte, teils auch die ideologischen Überschneidungen zwischen Ennahda und salafistischen Gruppen wurde bereits hingewiesen.<sup>35</sup> Diese persönliche Verbindung und Nähe wurde etwa deutlich durch die Präsenz von Sadok Chourou, der als Vertreter der salafistischen Strömung unter den Ennahda-Abgeordneten in der Verfassungsgebenden Versammlung gilt, bei dem ersten Kongress der salafistischen Vereinigung Anhänger der Scharia im Mai 2011 in Sidi Bouzid. Auch bei dem sechswöchigen Sit-in von „Bärtigen“ vor dem Sitz des nationalen Fernsehens ab dem 24. Februar 2012 mit dem Ziel, eine „Reinigung“ des öffentlichen Fernsehens zu erzwingen, sollen Vertreter von Ennahda und Salafisten de facto in einer Aktionsgemeinschaft gehandelt haben. Auch in anderen Bereichen, u.a. an den Universitäten, ist eine Zusammenarbeit zwischen Salafisten und Ennahda zu erkennen.<sup>36</sup> Schwer zu verifizierende Aussagen legen überdies nahe, dass ehemalige Mitarbeiter des Innenministeriums bei gewaltbereiten salafistischen Gruppen Aufnahme gefunden haben. Der Politikwissenschaftler Hamadi Redissi spricht deswegen von „echten“ und „falschen“ Salafisten.<sup>37</sup>

### *2.5. Salafistische Parteien*

Auch wenn salafistische Gruppen im Prinzip die Demokratie als politisches System ablehnen, formierte sich ein Teil der Bewegung mittlerweile in Parteien. Dies gilt auch für die Befreiungspartei, die ähnliche Positionen einnimmt wie die salafistischen Organisationen, sich selbst aber nicht dem salafistischen Spektrum zurechnet.

#### Die Befreiungspartei

Mit der Befreiungspartei (Hizb al-tahrir)<sup>38</sup> reichte am 10. März 2011 eine radikal-islamistische Partei ihren Antrag auf Legalisierung ein, die seit 1973 in Tunesien existiert. Als Sektion der in den 1950er Jahren in Saudi-Arabien und Jordanien gegründeten Mutterorganisa-

tion verfolgte die Befreiungspartei, im Unterschied zu Ennahda, in den 1980er Jahren nicht die Strategie, legal innerhalb des politischen Systems zu agieren. Vielmehr trat sie stets für den Sturz des Regimes, die Etablierung eines Kalifats und die Achtung der islamischen Regeln (auf der Basis der Scharia) im Alltag ein. Unter dem wachsenden Druck der tunesischen Staatsführung kam es in den 1980er Jahren zu einer strategischen Annäherung zwischen Befreiungspartei und Ennahda (sowie der Gruppe Islamischer Heiliger Krieg) und zu gemeinsamen Aktionen vor allem an den Universitäten. 1991 wurden 300 Mitglieder der Befreiungspartei verhaftet, darunter hundert Militärangehörige.

Auf einer Pressekonferenz definierte Parteisprecher Ridha Belhadj<sup>39</sup> am 10. März 2011 als Ziele der Partei die Errichtung eines Kalifats sowie die Einführung der Scharia. Demokratie und Pluralismus verwarf Belhadj; er sprach sich jedoch für die Achtung des Schutzes von religiösen Minderheiten im Rahmen der Scharia aus. Anders als in den 1980er Jahren sollen die Ziele auf friedlichem Wege erreicht werden. Bei der gleichen Gelegenheit verwarf Ridha Belhadj den Kapitalismus westlicher Prägung, der als ungeeignet für eine gerechte Verteilung der nationalen Reichtümer angesehen wird. Er plädierte für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, insbesondere die Abkehr vom Tourismus und ausländischen Investitionen. In einer Erklärung<sup>40</sup> zum Geburtstag des Propheten Mohammed am 2. Februar 2012 grenzte sich die Befreiungspartei von der Ennahda-geführten Regierung ab. Zugleich warf sie der Regierung Opportunismus gegenüber den „kolonialistischen“ und „ungläubigen“ Europäern und den USA „in der Tradition der Außenpolitik Bourguibas und Ben Alis“ vor und kritisierte, dass sich Ennahda nicht für eine stärkere Durchsetzung der islamischen Regeln im Alltag engagiere.

Am 10. März 2012 organisierte die Befreiungspartei in der nördlichen Vorstadt von Tunis einen Kongress zur Feier des internationalen Frauentages mit rund 400 Teilnehmerinnen, der hinsichtlich des Frauenbildes der Partei aufschlussreich war: In Redebeiträgen wurde das tunesische Personalstatut vom 13. August 1956 als Mittel der „Unterdrückung“ der Frauen in der Moderne bezeichnet. Die Kongressteilnehmerinnen behaupteten, lediglich die Errichtung des Kalifats erlaube es Frauen, wieder ihren angestammten Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Frauen sollten im Kalifat zwar die Möglichkeit erhalten, in bestimmten Berufen zu arbeiten (etwa im Handel, der Landwirtschaft

oder der Industrie), allerdings wären Frauen im Idealfall von ihrer Familie oder ihrem Ehemann zu versorgen. Im Kalifat sollen Frauen aktiv und passiv an den Wahlen zum Kalifats-Parlament teilnehmen und auch den Kalifen mitwählen können. Entscheidungspositionen wie jene des Kalifen und der Minister, Gouverneure oder Richter sollen Frauen indessen nicht einnehmen.<sup>41</sup>

Der Legalisierungsantrag der Befreiungspartei wurde zunächst am 12. März 2011 von der Regierung Béji Caid Essebsi unter Verweis auf das geltende Parteiengesetz von 1988 abgelehnt, das eine Legalisierung von sich ausschließlich auf die Religion stützenden Parteien untersagt. Dadurch konnte die Partei auch nicht an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 teilnehmen. Während Ridha Belhadj noch im März 2012 behauptete, die Einreichung eines neuen Legalisierungsantrags stehe nicht zur Debatte,<sup>42</sup> legte die Partei im Mai 2012 einen neuen Antrag vor. Am 17. Juli 2012 wurde der Antrag schließlich positiv entschieden und die Partei hielt umgehend eine Pressekonferenz ab. Ridha Belhadj hatte jedoch im Vorfeld der Zulassung immer wieder betont, egal wie die Entscheidung des Innenministeriums ausfalle, die Partei werde aktiv bleiben, denn sie sei von Gott legitimiert.

### Die Reformfront

Das tunesische Innenministerium meldete am 11. Mai 2012, dass die salafistische Reformfront (Front de la Réforme),<sup>43</sup> präsiert von Mohamed Khouja, auf der Grundlage des neuen Parteiengesetzes (Dekret Nr. 87 vom 24. September 2011) am 29. März 2012 legalisiert wurde. Die Partei hatte ihren Antrag auf Legalisierung bereits vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung unter der Regierung Béji Caid Essebsi eingereicht und war damals abgelehnt worden. Dem Berufungsantrag der Partei gegen den Ablehnungsbescheid vor dem Verwaltungsgerichtshof wurde schließlich unter der im Dezember 2011 neu eingesetzten Ennahda-dominierten Regierung stattgegeben. Die Partei vertritt einen Teil der ultra-konservativen, Gewalt ablehnenden salafistischen Bewegung. Parteipräsident Mohamed Khouja, bereits in den 1990er Jahren islamistischer Aktivist, bekennt sich inzwischen öffentlich zu den republikanischen Werten sowie zur Achtung der Demokratie und der bestehenden Gesetze. Zugleich beklagte er in einer Erklärung vom 13. Mai 2012, dass die Salafisten in Tunesien pauschal mit Gewalt in Verbindung gebracht würden.<sup>44</sup>

## Al-Rahma-Partei (Partei Barmherzigkeit)

Als jüngste salafistische Parteigründung gab die Partei Al-Rahma am 31. Juli 2012 ihre offizielle Zulassung bekannt. Die Organisation war bislang öffentlich nicht hervorgetreten. Sie plädiert für die Aufnahme der Scharia in die neue Verfassung, für Reformen in allen Bereichen und einen allgemeinen Wandel der Mentalität im Sinne einer strikten Respektierung der islamischen Vorschriften.<sup>45</sup> Parteipräsident Said Jaziri, ein ehemaliger Imam, war früher Ennahda-Mitglied und wurde 1991 in Abwesenheit zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Nach Verbüßung einer Haftstrafe in Frankreich ließ er sich – ohne legalen Status – in Kanada nieder. Als Imam einer Moschee in Montreal machte er wegen seiner radikalen Predigten auf sich aufmerksam. 2007 wurde er an Tunesien ausgeliefert.

## Salafistische Vereinigungen

### Zentristische Vereinigung für Sensibilisierung und Reform

Die Vereinigung setzt sich für die Moralisierung des öffentlichen Lebens ein und stellte eine Art Sittenpolizei auf. Ihr Führer, Adel al-Almi, ist in den sozialen Netzwerken sehr präsent und ruft öffentlich zur Bekämpfung des Säkularismus und seiner Befürworter auf und plädiert für die Einführung der Scharia. Alles, was nicht schariakonform sei, werde bekämpft, so al-Almi. Die Vereinigung ist besonders im Ramadan 2012 bei der Überwachung des Fastengebots aktiv geworden.

### Gemeinschaft der Anhänger der Scharia

Als mittlerweile bekannteste gewaltbereite, in ihren Aktionen bislang jedoch von der Regierung tolerierte salafistisch-jihadistische Gruppe, fanden die Anhänger der Scharia (Jama`at ansar al-shari`a)<sup>46</sup> seit Frühjahr 2011 in den tunesischen Medien erhebliche Beachtung. Die Organisation wurde u.a. mit der Stürmung des Kinos Afric`art am 28. Juni 2011 sowie der Bedrohung der Mitarbeiter des privaten Fernsehsenders Nessma TV nach der Ausstrahlung des Films Persepolis am 7. Oktober 2011 und schließlich mit der Besetzung des Dekanats der Universität Manouba im Februar 2012 in Verbindung gebracht. Mitglieder der Vereinigung wendeten Gewalt an, um die Kunstausstellung in La Marsa vom 11.–12. Juni 2012 zu vereiteln, weil einige der ausgestellten Bilder die religiösen Gefühle verletzen würden.

Parallel zum Verzicht von Ennahda auf die Erwähnung der Scharia in Artikel 1 der künftigen tunesischen Verfassung, rief die Organisation am 24. März 2012 zur Integration der Scharia in die Verfassung auf. Einer der Führer der Anhänger der Scharia, Scheich Abou Mondher Chenguiti, bezeichnete die Ennahda-Partei aufgrund ihres Verzichts auf die Integration der Scharia im künftigen Verfassungstext als „eine laizistische Partei, die islamistisch angezogen herumläuft“.<sup>47</sup>

An der Großdemonstration vom 16. März 2012 vor der Verfassungsgebenden Versammlung für die Aufnahme der Scharia in die künftige Verfassung nahmen die Anhänger der Scharia indessen nicht teil. Ihr Führer, Seifallah Ben Hassine,<sup>48</sup> der im bewaffneten Kampf engagiert war, begründete diese Nichtteilnahme in einer Videobotschaft über die sozialen Netzwerke damit, dass er die Verfassungsgebende Versammlung nicht anerkenne.<sup>49</sup> Trotz der militanten Vergangenheit ihres Gründers wird die Vereinigung bislang in Tunesien nicht direkt als salafistisch-jihadistisch eingestuft.

#### Bewaffnete Gruppen

Trotz seines effektiven Unterdrückungsapparats war das Regime von Präsident Ben Ali nicht völlig vor den Angriffen radikal-islamistischer Gruppen gefeit. Dies belegte u.a. die Aufdeckung der sogenannten Soliman-Gruppe Anfang 2007. Seit dem Machtwechsel von 2011 umfasst jene radikale salafistische Strömung, die auf den Sturz des tunesischen Staates hinarbeitet, nach jetzigem Erkenntnisstand nur wenige Dutzend Personen.<sup>50</sup> Es kann indessen nicht ausgeschlossen werden, dass der jihadistische Salafismus angesichts der schwierigen sozialen Lage und des teilweisen Verfalls der staatlichen Autorität an Virulenz gewinnt. Der Handlungsspielraum salafistisch-jihadistischer Gruppen und die Möglichkeiten zur Waffenbeschaffung können wegen der größeren Durchlässigkeit der Landesgrenzen im Süden und der Waffenproliferation seit dem Bürgerkrieg in Libyen noch weiter zunehmen.

Anlässlich einer bewaffneten Auseinandersetzung am 1. Februar 2012 zwischen Sicherheitskräften und einer dreiköpfigen Gruppe in der Region Bir Ali Ben Khalifa (Gouvernorat Sfax) gab Innenminister Ali Laarayedh am 13. Februar 2012 bekannt, dass eine terroristische Gruppe ausgehoben wurde, die in Verbindung zu Al-Qaida im Islamischen Maghreb gestanden habe. Zwölf Personen seien verhaftet und ein umfangreiches Waffenarsenal sei sichergestellt worden.

### 3. Veränderungen bei staatlichen Institutionen und der staatlichen Religionspolitik

Der formale rechtliche und institutionelle Rahmen der Religion im „neuen Tunesien“ harrt noch seiner Weiterentwicklung. Mit der am 25. März 2012 verkündeten Entscheidung der Ennahda-Parteiführung, Artikel 1 der suspendierten Verfassung von 1959 wortgleich in die neue Verfassung zu übernehmen und damit auf eine Erwähnung der Scharia zu verzichten, wurde für den Moment ein möglicher Konflikt mit den Koalitionspartnern Ettakatol und CPR sowie den Oppositionsparteien in der Verfassungsgebenden Versammlung vermieden. Es ist jedoch keineswegs ausgeschlossen, dass stärker religiös inspirierte Aspekte, etwa ein expliziter Verweis auf die Scharia als mögliche Rechtsquelle, an anderer Stelle in die Verfassung Eingang findet.

Parallel leidet der religiöse Bereich seit Januar 2011 faktisch unter der Erosion der staatlichen Autorität, mit zum Teil dramatischen Folgen. Das Religionsministerium unter Minister Noureddine Khademi (Ennahda) bestätigte am 31. März 2012 öffentlich, dass in rund 400 der 5.000 Moscheen des Landes seit dem politischen Umbruch die unter Präsident Ben Ali berufenen Imame „wild“ abgesetzt wurden. Salafistische Gruppen setzten ohne Zustimmung der staatlichen Behörden und ohne eine behördliche Qualifikationskontrolle neue Imame ein. Der Religionsminister unterstrich zwar bei dieser Gelegenheit, dass die Besetzung von Imam-Stellen in die alleinige Kompetenz des Ministeriums falle. Es bleibt allerdings fraglich, ob Religionsminister Khademi, der selbst als den Salafisten nahestehend gilt, dem salafistischen Einfluss in Moscheen effektiv begegnen kann und will. Das bislang gültige Gesetz zur Organisation der Moscheen aus dem Jahr 1988 soll überarbeitet werden.<sup>51</sup>

Ein Konflikt zwischen Ennahda und salafistisch-orientierten Imamen zeichnet sich auch an der religiösen Hochschule und Moschee der Zitouna ab. Beide Seiten zeigen Bestrebungen, die Zitouna-Moschee und die religiöse Hochschule unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die religiöse Hochschule, die seit 1958 in das staatliche Bildungssystem integriert ist, soll in ihrer Bedeutung als umfassende islamische Bildungseinrichtung gestärkt werden. Die bereits erfolgten Stellenneubesetzungen bekräftigen die Vermutung, dass die Zitouna-Hochschule nicht als moderne theologische Fakultät, die auf der Basis international anerkannter wissenschaftlicher Kriterien Forschung be-

treibt, erhalten bleiben soll. Vielmehr soll sie ein Instrument im Dienste einer fundamentalistischen Religionsinterpretation werden. Ab Oktober 2012 wird die Zitouna zum ersten Mal seit 1958 wieder Schüler ab zwölf Jahren zu einem spezialisierten Abitur führen, das den Zugang zu einem Theologiestudium an der Einrichtung erlaubt. Bei diesem Ausbau des Bildungsangebots setzt die Regierung neben dem Eigenvermögen der Zitouna auf die Mobilisierung privaten Kapitals.<sup>52</sup>

#### **4. Islamistischer Aufschwung und seine Folgen für die Außenbeziehungen**

Die Ennahda dominierte Regierung versucht seit ihrem Regierungsantritt im Dezember 2011, die Beziehungen zu den Golfstaaten, insbesondere zum Emirat Katar und zum Königreich Saudi-Arabien, zur Türkei und zu den nordafrikanischen Nachbarstaaten auszubauen. Dabei zeichnete sich eine faktische Arbeitsteilung in der Regierungskoalition ab: Übergangspräsident Moncef Marzouki pflegte eher die Kontakte zu den maghrebischen Nachbarstaaten, Ennahda-Vertreter, insbesondere Premierminister Jebali und Parteipräsident Rachid Ghannouchi, eher die Kontakte nach Libyen und in die Golfregion.<sup>53</sup> Auf dem 9. Parteitag der Ennahda-Partei im Juli 2012 bekannte sich Rachid Ghannouchi als wiedergewählter Parteipräsident zu der „arabischen Maghrebunion“ und der „arabischen Einheit“ und rief schließlich zur Kriminalisierung einer Normalisierung der Beziehungen mit der „zionistischen Entität“ auf.<sup>54</sup> Dieser antiisraelische Diskurs richtete sich nicht nur an die Ennahda-Parteibasis, sondern auch an die Salafisten und kann durchaus bereits als Wahlkampfstrategie betrachtet werden. Mit dem moderaten Image, das von Ennahda-Repräsentanten gegenüber dem Ausland stets hervorgehoben wird, geht dieser Diskurs nicht konform. Er zeigt jedoch, welche Gefühlslagen die Ennahda-Führung zu bedienen bereit ist, wenn es um die Sicherung von Anhängerschaft und damit letztendlich den Machterhalt geht.

Trotz einer Betonung der arabischen Kooperation blieben die Beziehungen zur Europäischen Union und den USA bislang eng und intensivierte sich seit dem politischen Umbruch in gewisser Weise sogar. Die Europäische Union wie auch die USA sicherten der tunesischen Übergangsregierung ihre Unterstützung zu. Aufgrund des transparenten Ablaufs der Wahlen vom 23. Oktober 2011 spielte die starke Position der Islamisten in der neuen Regierung, aus der Sicht der Eu-

ropäischen Union, zunächst keine erkennbare Rolle für die weitere Intensivierung der Kooperation, zumal Ennahda eine Regierungskoalition mit zentristischen Parteien (Ettakatol, CPR) einging. Die wohlwollende Haltung der Europäer, insbesondere Deutschlands, für den Regimewechsel in Tunis schlug sich in häufigen wechselseitigen Besuchen von tunesischen und europäischen bzw. US-amerikanischen Politikern nieder.<sup>55</sup>

Für Deutschland, so der deutsche Außenminister Guido Westerwelle bei seinem Besuch in Tunis am 9. Januar 2012, habe Tunesien das Potential, zum „Musterland für die Region“ zu werden; Tunesien könne den Beweis antreten, dass Demokratie und Islam miteinander vereinbar sind. Mit Blick auf die starke Position der Islamisten in der Regierung bemerkte Außenminister Westerwelle, Europa müsse akzeptieren, dass islamisch inspirierte Parteien im Zuge des „Arabischen Frühlings“ die Macht übernehmen. Auch US-Außenministerin Clinton äußerte sich bei ihrem Besuch am 25. Februar 2012 in Tunis optimistisch in Bezug auf die Vereinbarkeit zwischen Islam und Demokratie in Tunesien. Nach Einschätzung des Vertreters der Europäischen Union in Tunis, Adrianus Koetsenruijter, bietet das Ende des Ben-Ali-Regimes mittelfristig Aussichten auf eine deutliche Verbesserung des Geschäftsklimas und damit der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Tunesien und der Europäischen Union.<sup>56</sup> Allerdings wird, auch wenn Ennahda von europäischer Seite aktuell als Stabilitätsfaktor wahrgenommen wird, die Unterstützung der Europäer in Zukunft doch von der Achtung der Menschenrechte, dem Ausbau des Rechtsstaates und weiteren Demokratisierungsschritten abhängen. Die deutsche Familienministerin Schröder zeigte sich während ihres Besuchs in Tunesien am 7. März 2012 besorgt über den wachsenden Einfluss von Salafisten an den Universitäten, weil diese versuchen, „die Neuordnung des Landes in einem radikalislamischen Sinn zu beeinflussen“.

## **5. Perspektiven und Polarisierungstendenzen**

Der Wahlsieg von Ennahda am 23. Oktober 2011 belegt, dass ein bedeutender Teil der tunesischen Wähler für einen politischen Diskurs empfänglich ist, der in moderater Form die arabisch-islamische Identität des Landes betont. Dabei vollzog sich der Aufschwung der islamistischen Gruppierungen seit dem 14. Januar 2011 insgesamt vor dem Hintergrund einer spätestens seit dem Jahr 2000 spürbaren Hin-

wendung der tunesischen Gesellschaft zu Zeichen ostentativer Frömmigkeit (Achtung des Fastenbrechens im Ramadan, Moscheebesuche am Freitag). Dieser Trend mündet seit 2011 auch in eine Zunahme der Verschleierung von Frauen. Jene Parteien, die das arabisch-islamische Erbe besonders betonen, mobilisierten dementsprechend 2011 mit Abstand die meisten, nämlich rund 1,9 Millionen Wähler.<sup>57</sup> Dagegen erreichten die zentristischen und eher säkular und religiös-liberalen Parteien CPR (350.000 Stimmen), Ettakatol (280.000), PDP (Demokratische Fortschrittspartei; 160.000), das Parteienbündnis PDM (Demokratischer modernistischer Pol; 113.000), Afek Tounes (76.000) und die Kommunistische tunesische Arbeiterpartei (58.000 Stimmen) zusammen lediglich knapp über eine Million Stimmen.

Das genaue Datum für die Legislativwahlen, von Premierminister Jebali am 25. Juli 2012 für den 20. März 2013 angekündigt, ist noch offen, weil sich die Verabschiedung der neuen Verfassung und des rechtlichen Rahmens für Neuwahlen verzögert. Im August 2012 mehrten sich die Stimmen, die von 2014 als Wahljahr ausgehen. Es ist wahrscheinlich, dass Ennahda bis dahin aufgrund ihrer guten Verankerung in allen Regionen des Landes, der Bekanntheit ihres politischen Personals und ihrer organisatorischen und logistischen Stärke die dominierende Organisation innerhalb des islamistischen Lagers bleiben wird. Dagegen scheint es fraglich, ob die Partei Volkspetition, die bei den Wahlen 2011 mit ihrem Stimmengewinn überraschte, bei den nächsten Wahlen ein vergleichbares Gewicht wie 2011 erlangen kann. Die internen Querelen haben die Partei bereits geschwächt. Auch den rund zehn kleineren konservativen, die islamisch-arabische Identität betonenden Parteien kann auf der Grundlage der Wahlergebnisse vom 23. Oktober 2011 kaum nennenswertes nationales Mobilisierungspotential attestiert werden. Dies schließt nicht aus, dass einzelne Parteien eine gewisse lokale Bedeutung haben, die sie als Verhandlungsmasse einbringen können, wenn sie sich mit Ennahda oder einer anderen Partei verbinden wollen.

Das Stimmenpotential der seit Frühjahr 2012 neu zugelassenen salafistischen Parteien ist schwer auszumachen. Mit Blick auf die nächsten Wahlen vermied die Ennahda-Führung bislang, potentielle Ennahda-Wähler aus dem salafistischen Spektrum durch Maßnahmen, die sich gegen einzelne salafistische Gruppen richten oder ihren Handlungsspielraum eingrenzen, zu verlieren. Die Ennahda-geführte Regierung ging selbst bei Gewalttaten salafistischer Gruppen nicht

konsequent gegen die Beteiligten vor, wenngleich es sehr selektiv und somit wenig konsequent unter dem Druck der öffentlichen Meinung vereinzelt zu einer Distanzierung Ennahdas von radikal-salafistischen Gruppen kam.

Einige Analysten deuteten die Legalisierung einer ersten salafistischen Partei im Mai 2012 als Maßnahme, die es Ennahda erlauben soll, das islamistische Wählerpotential umfassender zu mobilisieren, um sich neue Koalitionsalternativen zu erschließen. Die Zulassung einer zweiten salafistischen Partei, der Partei Al-Rahma, und die Zulassung der Befreiungspartei im Juli 2012, könnte jedoch auch darauf abzielen, die salafistischen Wählerstimmen aufzuspalten, um eine starke salafistische politische Kraft zu verhindern. Da von einer regionalen Konzentration der salafistischen Parteien ausgegangen werden kann, dürfte sich ihr Stimmenpotential, bei der zu erwartenden Anwendung eines moderat mehrheitsbildenden Wahlsystems bei den nächsten Wahlen, in einer relativ geringen Zahl von Mandaten niederschlagen.

Ennahda hat somit gute Chancen, bei den nächsten Legislativwahlen erneut die stärkste Kraft im islamistischen Lager zu werden. Doch obwohl es Hinweise gibt, dass Ennahda ihren Einfluss in der Verwaltung, den Medien, den Sicherheitskräften und in der Zivilgesellschaft systematisch ausweitet, ist die dauerhafte Hegemonie Ennahdas innerhalb der sich neu formierenden Parteienlandschaft keineswegs ausgemacht. Es gilt zu bedenken, dass bei den Wahlen vom 23. Oktober 2011 lediglich etwas mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten in die Wählerlisten eingeschrieben waren. Bei einer Wahlbeteiligung von 52 Prozent haben damit lediglich 17 Prozent der Wahlberechtigten für Ennahda gestimmt. Erste Untersuchungen belegen zudem die programmatische Beliebigkeit Ennahdas im Wahlkampf. Es hat sich gezeigt, dass Ennahda-Wähler aus sehr unterschiedlichen, teilweise austauschbaren Gründen für die Partei gestimmt haben.<sup>58</sup> Gerade wegen der bislang ernüchternden Bilanz der Ennahda-geführten Regierungskoalition ist es keineswegs ausgeschlossen, dass sich enttäuschte Wähler von der Partei abwenden werden. Auch eine Reihe von Kontroversen, die ein schlechtes Licht auf die Regierungskompetenz Ennahdas und ihrer Koalitionspartner werfen, könnten die Wahlchancen der Partei verringern; etwa die parteipolitisch motivierte Entlassung des überparteilich als kompetent wahrgenommenen Präsidenten der Zentralbank, Mustapha Kamil Nabli, im Juli 2012 oder der Ennahda-Vorschlag für eine großzügige Entschädigung ehemaliger

politischer Häftlinge, in der Mehrzahl Islamisten, von denen einige auch in Gewaltakte involviert waren. Nach Schätzungen der Opposition kommen hierdurch Kosten von rund 750 Millionen Tunesische Dinar (um 325 Millionen Euro) auf den Staat zu. In seiner Rücktrittserklärung vom 29. Juli 2012 kritisierte Finanzminister Houcine Dimassi in diesem Zusammenhang die Klientelpolitik der Regierung.

Solche Nachrichten kommen in der tunesischen Öffentlichkeit schlecht an, zumal die sozialen Hiobsbotschaften nicht abnehmen. Trotz einer teilweisen Rückkehr der Touristen und eines leichten Anstiegs der Direktinvestitionen ist die Arbeitslosigkeit unvermindert hoch. Insbesondere die Bevölkerung der weniger entwickelten Regionen des Landesinnern ist ernüchert ob der ausgebliebenen Besserung ihrer Lage seit dem politischen Umbruch. Lokale, sozial motivierte Protestbewegungen im Sommer 2012 wie beispielsweise in den Regionen Sidi Bouzid und Kasserine richteten sich denn auch wiederholt gegen Ennahda.

Mit Blick auf die Mobilisierung der Zivilgesellschaft ist es bedeutsam, dass säkular orientierte Parteien, Menschenrechts- und Frauenorganisationen sowie religiös-liberal orientierte Bürger sich zunehmend in einem Kulturkampf zwischen islamistischen und modernistischen Kräften sehen, um die gesellschaftlichen Errungenschaften seit der Unabhängigkeit zu bewahren. Dazu zählt vor allem die im regionalen Vergleich vorbildliche gesetzliche Stärkung der Position der Frau in der tunesischen Gesellschaft. Die jüngste Demonstration von 20.000 Tunesierinnen und Tunesiern am 13. August 2012 gegen die geplante Neufassung des Verfassungsartikels 28, in dem Ennahda die Komplementarität der Frau zum Mann und nicht die Gleichheit postuliert, belegt die Mobilisierungsbereitschaft zivilgesellschaftlicher Gruppen gegen Ennahda.

Deutlicher schließlich als vor den Wahlen im Oktober 2011, als eine zunehmende Zersplitterung die politische Landschaft kennzeichnete, läuft die politische Entwicklung im Sommer 2012 auf eine Polarisierung zwischen einem islamistischen Lager und mehreren politischen Polen innerhalb eines sich nunmehr abzeichnenden Anti-Ennahda-Lagers hinaus. Mit Blick auf die nächsten Wahlen ist von Bedeutung, dass die Fusionen linker und zentristischer Parteien zur Republikani-

schen Partei und zur Partei Al-Massar (Der Weg) dazu führen, dass die Stimmenzersplitterung im links-liberalen Lager verringert wird. Im bürgerlich etablierten, säkularen, ehemals zum Teil der Regierungspartei RCD nahestehenden Lager wird dieser Sammlungstrend durch die Bildung der neuen Partei Nida Tunis (Ruf Tunesiens) des ehemaligen Premierministers Béji Caid Essebsi bestätigt. Die Bildung einer mobilisierungskräftigeren, gegen Ennahda gerichteten Wahlkoalition dieser neuen Partei mit der Republikanischen Partei und Al-Massar scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Sommer 2012) möglich. Am 13. August 2012 wurde überdies die Bildung einer Koalition linker Parteien um die Tunesische Arbeiterpartei angekündigt.<sup>59</sup> Das Abschneiden der Koalitionspartner von Ennahda, der Parteien Ettakatol und CPR, wird schließlich wesentlich davon abhängen, wie diese ihre internen Krisen meistern können. Fraglich ist allerdings, welche Parteien profitieren werden, wenn sich im Unterschied zu den Wahlen von 2011 mehr als 50 Prozent der potentiellen Wähler in die Wählerlisten einschreiben.

- 1| Vgl. zu Ennahda das Kurzprofil im Anhang.
- 2| Zur Kontrolle des religiösen Bereichs in Tunesien seit der Unabhängigkeit vgl. Faath, Sigrid: *Die Religionspolitik der Republik Tunesien: Kontinuität von Modernisierung und religiösen Reformen*, in: dieselbe (Hrsg.): *Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen?*; Hamburg 2007, S. 215–248.
- 3| *Eine vergleichsweise größere Zahl an legalisierten Parteien sind dem sozialdemokratischen, marxistischen oder arabisch-nationalistischen Spektrum zuzuordnen oder sie können als Nachfolgeorganisationen der bis 2011 staatstragenden Partei Rassemblement Constitutionnel et Démocratique (RCD; Verfassungsmäßige und demokratische Sammlungsbewegung) eingestuft werden.*
- 4| *Zu den Ursachen für den Wahlsieg von Ennahda vgl. u.a. Nouira, Asma: Tunisia. Elections ... and then what?, Arab Reform Brief 54, Washington D.C.: Arab Reform Initiative, Januar 2012, <http://www.arab-reform.net/tunisia-elections%E2%80%A6-and-then-what> (letzter Abruf: 28.8.2012). Nach Aussagen von Ennahda stammen die Finanzmittel der Partei in erster Linie aus Überweisungen der Mitglieder, die monatlich 5 % ihres Gehalts überweisen, sowie von ihnen nahestehenden tunesischen Geschäftsleuten und Vereinen (Interview des Autors mit Ali Bouraoui, Ennahda-Politbüro, 6.2.2012).*
- 5| *Interview des Autors mit Ali Bouraoui, Ennahda-Politbüro, 6.2.2012.*
- 6| *Vgl. hierzu Faath, Sigrid: Der 7.11.1987: Beginn einer „neuen Ära“ für die politische Opposition in Tunesien?; in: Wuqûf, Hamburg, Band 12, S. 162 ff.*

- 7] *Interview des Autors mit Ali Bouraoui, Ennahda-Politbüro, 6.2.2012; vgl. ferner das Interview von Hamadi Jebali, in: Die Welt, Berlin, 15.3.2012 („Es gibt keinen Grund, vor der Scharia Angst zu haben“); sowie das Interview von Rachid Ghannouchi mit Frida Dahmani in: Afrique Magazine, Paris, Nr. 318, März 2012, S. 46–51 («Nous n'avons d'autre choix que de réussir»).*
- 8] *Vgl. das Interview von Rachid Ghannouchi in: Afrique Magazine (2012), a.a.O. (Anm. 7), S. 49.*
- 9] *Afrique Magazine (2012), a.a.O. (Anm. 7), S. 49. Artikel 1 der bisherigen Verfassung lautet: „Tunesien ist ein freier Staat, unabhängig und souverän; seine Religion ist der Islam, seine Sprache Arabisch und seine Staatsform die Republik.“*
- 10] *Interview des Verfassers mit der Politikwissenschaftlerin Asma Nouira, 13.3.2012.*
- 11] *Der Textentwurf für Artikel 28 lautet: „Der Staat garantiert den Schutz der Rechte der Frau und ihrer Errungenschaften gemäß dem Prinzip der Komplementarität zum Manne innerhalb der Familie sowie als Gefährtin des Mannes bei der Entwicklung der Heimat.“*
- 12] *Vgl. das Interview Rachid Ghannouchis in: Jeune Afrique, Paris, 12.8.2012, S. 54–59, hier S. 57.*
- 13] *Vgl. Interview des Autors mit Jean-Raphael Giuliani, Delegation der Europäischen Union in Tunis, 8.2.2012. Vgl. Profile der führenden Repräsentanten von Ennahda in: Tunisie Plus, Tunis, Nr. 13, Oktober-Dezember 2011.*
- 14] *Interview des Autors mit dem tunesischen Politikwissenschaftler Alaya Allani, 11.3.2012.*
- 15] *Interview des Autors mit Ali Bouraoui, Ennahda-Politbüro, 6.2.2012.*
- 16] *So z. B. am 25.2.2012 bei der Demonstration der Gewerkschaft UGTT Ausschreiben?? oder am 25.3.2012 bei einer Demonstration im Zentrum von Tunis, wo sich Künstler und Salafisten gegenüberstanden. Während die Polizei rüde gegen die nichtislamistischen Demonstranten voring, duldete sie, dass mehrere Salafisten auf der großen öffentlichen Uhr auf dem Platz des 14. Januar eine schwarze salafistische Flagge hissten.*
- 17] *Vgl. die Zeugnisse von Hechmi Nouira, Journalist bei Essahafa, sowie von Jawhar Ben Mbarek, Koordinator des Netzwerks Destourna, nach der Demonstration vom 9.4.2012; Babnet Tunisie, 23.4.2012 (Tunisie: Le réseau Destourna dénonce), <http://www.babnet.net/rttdetail-48719.asp> (letzter Abruf: 28.8.2012). Vgl. das Zeugnis von Khemais Ksila, ehemals Abgeordneter von Ettakatol in der Verfassungsgebenden Versammlung, der unter den nichtuniformierten Schlägern mehrere Ennahda-Aktivisten erkannt haben will, die er namentlich nannte; Businessnews, Tunis, 12.4.2012 (Khemais Ksila dévoile des noms de membres «des milices d'Ennahdha»).*
- 18] *Interview des Verfassers mit dem Politikwissenschaftler Alaya Allani, 11.3.2012.*
- 19] *Zitiert nach Le Temps, Tunis, 5.4.2012, S. 2 (Rupture consommée entre Ennahda et les salafistes).*
- 20] *So die Einschätzung des Islamismus-Experten Alaya Allani im Interview mit dem Autor, 20.5.2012.*
- 21] *Zur Partei vgl. das Kurzprofil im Anhang.*
- 22] *Besonders stark schnitt die Partei in Sidi Bouzid, der Heimatregion von Hachemi Hamdi ab (38,1 % der abgegebenen Stimmen), außerdem überdurchschnittlich in Kasserine (9,1 %) und Kairouan (18,4 %). Angaben der Hohen Unabhängigen Instanz für die Wahlen, <http://www.isie.tn> (letzter Abruf: 28.8.2012).*

- 23| Vgl. Noura (2012), a.a.O. (Anm. 4).
- 24| *Im Unterschied zu höherrangigen Ex-RCD-Mitgliedern wie dem ehemaligen Außenminister Kamel Morjane, die sich eher bei Parteien wie Al-Moubadara oder Al-Watan engagierten.*
- 25| Vgl. *Businessnews, Tunis, 7.1.2012 (Des élus d'Al Aridha dénoncent les agissements d'Ennahda dans les coulisses).*
- 26| Zur Partei vgl. das Kurzprofil im Anhang.
- 27| *Hierzu zählen neben den rund 23.000 Stimmen für die vom ehemaligen Ennahda-Dissidenten Abdelfattah Mourou und dem Publizisten Slaheddine Jourchi unter dem Etikett der Unabhängigen demokratischen Allianz lancierten unabhängigen Listen, jene rund 53.000 Stimmen, die auf folgende Parteien und Listen entfielen: Alliance Nationale pour la Paix et la Prospérité; Al-Amana; Parti de la Dignité et de l'Égalité; Mouvement Tunisien de l'Action Maghrébine; Parti de la Justice et du Développement (Hizb al-adl wal-tanmiya), nicht identisch mit der Justice and Development Party (Hizb al-adala wal-tanmiya); Parti de la Dignité et du Développement; Rencontre Réformatrice Démocratique; Parti de l'Unité et de la Réforme; Parti de la Réforme et du Développement.*
- 28| *Nach Einschätzung unterschiedlicher Gesprächspartner stehen die tunesischen Medien den Islamisten allgemein und auch der Ennahda-geführten Regierung kritisch gegenüber. Dies behauptete wenig überraschend, Ridha Belhadj, Sprecher der Befreiungspartei (Le Temps, Tunis 15.3.2012, S. 2.), sowie im persönlichen Gespräch mit dem Autor Ali Bouraoui, vom Politbüro der Ennahda am 6.2.2012. Jean-Raphael Giuliani, Delegation der Europäischen Union in Tunis (Interview mit dem Autor, 8.2.2012), meinte, einige salafistische „Umtriebe“ seien von den Medien stark übertrieben worden. Es sei davon auszugehen, dass nach Jahren der staatlichen Gängelung, Journalisten vielfach noch nicht über das professionelle Rüstzeug für freien und zugleich seriösen Journalismus verfügen würden.*
- 29| *Zu nennen ist u.a. die Großdemonstration von salafistischen Gruppen am 16.3.2012 vor der Verfassungsgebenden Versammlung für die Aufnahme der Scharia in die Verfassung; ferner am 25.3.2012 die Demonstration in Tunis auf der Avenue Bourguiba, bei der u.a. gegen die rund 1.500 Personen umfassende Minderheit der tunesischen Juden gehetzt wurde.*
- 30| *Mehrere Tausend Anhänger der Vereinigung kamen zusammen; zur Vereinigung vgl. das Kurzprofil im Anhang.*
- 31| *Interviews des Autors mit den Politikwissenschaftlern und Islamismus-Experten Alaya Allani, 11.3.2012 und Hamadi Redissi, 13.3.2012.*
- 32| *So reklamiert die Vereinigung Anhänger der Scharia z.B. die Sit-ins an der Universität Manouba. Vgl. das Interview mit dem Führer der Vereinigung, Seifallah Ben Hassine, in: Le Quotidien, Tunis, 15.3.2012; S. 8–9.*
- 33| *Diese Einschätzung deckt sich mit dem persönlichen Eindruck des Autors aus einem Gespräch mit Salafisten an der Universität Manouba im März 2012.*
- 34| *Auf die enge, mögliche Verbindung zwischen klanistischen und religiösen Aspekten weist der am 2.5.2012 gewaltsam ausgetragene Streit zwischen zwei Familienklans im südtunesischen Ben Guerdane hin, bei dem es um die Besetzung der Imamstelle einer lokalen Moschee ging. Vgl. Kapitalis, Tunis, 2.5.2012 (Tunisie. Guéguerre de clans à Ben Guerdane pour ... le contrôle d'une mosquée), <http://www.kapitalis.com/fokus/62-national/9665-tunisie-gueguerre-de-clans-a-ben-guerdane-pour-le-controle-dune-mosquee.html> (letzter Abruf: 28.8.2012).*

- 35| Interviews des Autors mit Hamadi Redissi und Asma Noura (13.3.2012).
- 36| Vgl. *Businessnews*, 4.3.2012 (Tunisie – Sit-in des nahdhaouis et des salafistes pour l'épuration du secteur de l'information). Im Interview mit der Zeitung *Le Quotidien*, Tunis, 15.3.2012, S. 8–9 verweist Seifallah Ben Hassine, Präsident der Vereinigung Anhänger der Scharia, darauf, dass bei Wahlen der Studentenvertreter in die wissenschaftlichen Räte der Fakultäten, salafistische Studenten in jenen Fakultäten, wo sie eher schwach vertreten seien, für die Studentenvertreter der Ennahda stimmen würden.
- 37| Interview mit dem Autor (13.3.2012).
- 38| Vgl. das Kurzprofil im Anhang.
- 39| Nach Alaya Allani (Interview mit dem Autor am 11.3.2012) ist Ridha Belhadj „das Gesicht“ der Befreiungspartei. Zu weiteren Mitgliedern vgl. das Kurzprofil im Anhang.
- 40| Vgl. *Tract du Parti At-Tahrir*, Manuskript; Übersetzung zur Verfügung gestellt von der Französischen Botschaft in Tunis.
- 41| Vgl. *Réalités*, Tunis, Nr. 1368, 15.–21.3.2012, S. 19 (*Journée de la femme*, version Hizb Attahrir: „Seul le califat est susceptible de garantir nos droits.“)
- 42| Vgl. Interview mit Ridha Belhadj in: *Le Temps*, Tunis, 15.3.2012, S. 2.
- 43| Zur Partei vgl. das Kurzprofil im Anhang.
- 44| *Tunis Afrique Presse*, Tunis, 13.5.2012 (Autorisation d'un parti salafiste: Le Gouvernement justifie l'autorisation accordée au Front de la réforme).
- 45| Vgl. die Meldung zur Zulassung der Partei Al-Rahma bei *Tuniscope.com* vom 8.8.2012, <http://www.tuniscope.com/index.php/article/15298/actualites/tunisie/errahma-094814> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 46| Vgl. das Kurzprofil im Anhang.
- 47| Zitiert nach *Le Temps*, Tunis, 5.4.2012, S. 2 (*Rupture consommée entre Ennahda et les salafistes*).
- 48| Zu Seifallah Ben Hassine vgl. das Kurzprofil im Anhang.
- 49| Vgl. *Réalités*, Tunis, Nr. 1372, 12.–18.4.2012, S. 48–50 (*Djihad: la face cachée du salafisme en Tunisie*); Interview mit Seifallah Ben Hassine in: *Le Temps*, Tunis, 15.3.2012 (*Nous demandons à être écoutés*).
- 50| Interview des Autors mit Alaya Allani, 11.3.2012.
- 51| Vgl. *Le Temps*, Tunis, 10.3.2012 (*Instrumentalisation des mosquées à des fins religieuses*).
- 52| *La Presse de Tunisie*, Tunis, 8.5.2012 (*Redémarrage des cours dans la grande mosquée. Qui contrôle la Zitouna?*).
- 53| Ennahda-Präsident Rachid Ghannouchi reiste nach Libyen und zweimal nach Katar (31.10.2011 und 2.1.2012); der Emir von Katar, Scheich Hamad Ben Khalifa, hielt vom 13.–14.1.2012 in Tunesien auf. Premierminister Hamadi Jebali besuchte Saudi-Arabien (18.–20.2.2012) und kündigte die Abschaffung der Visumpflicht für saudische Bürger an.
- 54| Vgl. u.a. *Tunis Agence Presse*, 16.7.2012 (Rached Ghannouchi réélu à la tête d'Ennahda), <http://www.tap.info.tn/fr/fr/partis/29479-rached-ghannouchi-reelu-a-la-tete-du-mouvement-annahda.html> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 55| U.a. Besuch von Premierminister Jebali in Brüssel (2.2.2012) und Berlin (14.3.2012); der deutsche Außenminister Westerwelle reiste von 8.–9.1.2012 nach Tunis; der tunesische Außenminister Abdesselam hielt sich vom 5.–6.2.2012 in Berlin auf. Der Präsident des deutschen Bundestages Lammert reiste am 6.12.2011 nach Tunis; der tunesische Parlamentspräsident Ben Jaafar stattete am 8.2.2012 einen Gegenbesuch ab.

- 56| Vgl. das Interview mit Adrianus Koetsenruijter, Chef der EU-Vertretung in Tunesien, in: *Entreprises Magazine, Tunis, Januar 2012, S. 24–25.*
- 57| Die Zahl ergibt sich, wenn zu den rund 1,5 Millionen Stimmen für Ennahda noch jene geschätzt 50.000–100.000 Wähler hinzu gezählt werden, die aufgrund der Unübersichtlichkeit der Wahlzettel ihr Kreuz falsch, nämlich jeweils rechts von dem für Ennahda vorgesehenen Feld, gesetzt haben (Schätzung basierend auf Xavier Noc, Wahlexperte in der Wahlbeobachtungsmission der EU in Tunesien, September bis Oktober 2011). Hinzuzurechnen sind ferner rund 270.000 Stimmen der Volkspetition sowie geschätzt 76.000 Stimmen für kleinere islamische und islamistische Parteien und Listen.
- 58| Vgl. Noura (2012), a.a.O. (Anm. 4).
- 59| Am 9.4.2012 vereinigten sich PDP, Afek Tounes, die Vereinigung Stimme des Zentrums (La Voix du Centre), die Republikanische Partei (Parti Républicain) u.a. zur Republikanischen Partei (sozial-liberal-progressiver Flügel). Am 1.4.2012 fusionierten die Ex-Kommunisten der Partei Ettajdid, die gewerkschaftsnahe Tunesische Partei der Arbeit (Parti du Travail Tunesien) und einige Aktivisten des Demokratischen modernistischen Pols (PDM) zum Demokratischen Sozialen Weg (Voie Démocratique et Sociale/VDS), genannt Al-Massar (Der Weg). Die Fusion soll einen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer zentristischen Partei aus Al-Massar und Republikanischer Partei darstellen. Die Partei Nida Tunis ist das Ergebnis eines Konzentrationsprozesses um die Partei Al-Moubadara des ehemaligen Außenministers Kamel Morjane und bietet damit ehemaligen RCD-Anhängern eine neue politische Heimat. Die im August 2012 gebildete Koalition linker Kräfte wiederum vereint ein Dutzend kleine linke Parteien, darunter außer der Tunesischen Arbeiterpartei (vormals Kommunistische tunesische Arbeiterpartei) die Parteien Das Volk, Die Avantgarde, Bewegung der demokratischen Patrioten, die Partei Demokratische Patrioten und die Partei Grünes Tunesien.